

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAA Deutschland

BADEN-WÜRTTEMBERG

1933 - 1945

Erinnerungskultur

AUFSATZSAMMLUNG

- 16-3** *Entrechtet - verfolgt - vernichtet* : NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten / Peter Steinbach ... (Hrsg.). - 1. Aufl. - Stuttgart : Kohlhammer in Verb. mit der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, 2016. - 462 S : Ill. ; 24 cm. - (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs ; 45). - ISBN 978-3-945414-20-0 (Landeszentrale) : EUR 6.50
[#4849]

Die Arbeit von Gedenkstätten¹ verfolgt eine zweifache Zielrichtung. Auf der einen Seite geht es darum, Opfer und Gegner des Nationalsozialismus zu würdigen. Auf der anderen Seite – und dies wird von den Herausgebern des vorliegenden Bandes treffend herausgearbeitet - geht es auch darum, nach dem Handeln der Täter, nach dem Handeln von Staat und Gesellschaft in der NS-Zeit zu fragen – mithin geht es um die zerstörerischen Tendenzen in jeder einzelnen Persönlichkeit, im Staat und in der Politik. Gedenkstätten möchten also dazu anregen, sich mit diesen zerstörerischen Tendenzen in der Vergangenheit auseinanderzusetzen und damit soll der Besucher einer Gedenkstätte zugleich auf den Wert von Demokratie und Rechtsstaat aufmerksam gemacht werden und dazu aufgefordert werden, sich in der Gegenwart und in der Zukunft für genau diese Werte einzusetzen. Dieses En-

¹ Aufsätze zum Thema sowie Porträts von 70 solcher Gedenkstätten in Baden-Württemberg enthält der Band *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg* / hrsg. von Konrad Pflug, Ulrike Raab-Nicolai und Reinhold Weber. Mit einem Essay von Peter Steinbach. - Stuttgart : Kohlhammer, 2007. - 422 S. : Ill., Kt. ; 24 cm. - (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs ; 35). - ISBN 978-3-17-019434-2 - ISBN 3-17-019434-8 : EUR 30.00 [9124]. - Rez.: **IFB 06-2-351** <http://swbplus.bsz-bw.de/bsz254525202rez.htm> - Ein aktueller Kurzführer ist *Gedenkstätten in Baden-Württemberg* / [Hrsg.: Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg ... Red.: Sibylle Thelen ...]. - 5. vollst. überarb. Aufl. - [Stuttgart] : Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedänkstätteninitiativen in Baden-Württemberg ; Stuttgart : Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, 2012. - 93 S. : Ill., Kt.

agement für Rechtsstaat und Demokratie verbindet die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen auf der einen Seite und die Landeszentrale für Politische Bildung auf der anderen. Dies spiegelt sich ganz besonders in der hier vorliegenden Publikation² wider.

In diesem Sinne werden insgesamt zehn Gruppen von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus vorgestellt. Jedes Kapitel gliedert sich in drei verschiedene Abschnitte. Im ersten geht es um einen ereignisgeschichtlichen Überblick über den Widerstand bzw. das Schicksal der jeweiligen Opfergruppe in den Jahren 1933 - 1945.

Aber auch mit dem Ende der Naziherrschaft war für viele Opfer noch kein Ende des Leidens erreicht. Für zahlreiche Opfergruppen war es schwierig, überhaupt als Opfer anerkannt zu werden, geschweige denn, daß es zu Erinnern und Gedenken kam. Im Gegenteil, hier erst in den 1980er Jahren eine umfassende Wende ein. So beschäftigt sich der zweite Abschnitt jedes Beitrages mit der Frage nach der Wiedergutmachung und eben auch der Form der moralischen Wiedergutmachung in Form eines aktiven Gedenkens an die jeweilige Opfergruppe.

Der dritte Abschnitt – in der Regel in Form eines Interviews mit einer auf dem jeweiligen Feld engagierten Persönlichkeit – stellt die Frage nach der heute angemessenen Form des Erinnerns und Gedenkens. Wie können bspw. Nachkommen von Opfern in die Erinnerungspolitik eingebunden werden? Welche Formen der Vermittlung erscheinen heute zeitgemäß, welchen Herausforderungen stellen sich der Erinnerungs- und Gedenkarbeit?

Zum Bedauern der Herausgeber ist es nicht gelungen, Beiträge zu sämtlichen Opfergruppen des NS-Regimes innerhalb des Bandes zu publizieren. So finden sich keine Aufsätze bspw. zur Verfolgung von Homosexuellen, der Zeugen Jehovas oder auch von Kriegsdienstverweigerern. Dies ist bedauerlich, liegt aber an der noch viel zu schmalen Literaturbasis im Hinblick auf die genannten Gruppen, gerade auf Landesebene, begründet.

Gleichwohl wird ein breites Spektrum von Opfern aber auch Gegnern des NS-Regimes vorgestellt. Große Bedeutung hat sicherlich der Aufsatz von Christiane Fritsche, in dem diese ihre Studie zur „Arisierung“ und Wiedergutmachung am Beispiel Mannheims zusammenfaßt (S. 217 - 250).³ Aufmerksamkeit verdient aber auch der Beitrag von Franziska Blum zum *Mössinger Generalstreik am 31. Januar 1933* (S. 31 - 57), einer der wenigen Orte im ganzen Reich, an dem tatsächlich Vertreter der KPD den Mut zum Generalstreik gegen die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatten. Gerade aber Erinnern und Gedenken an den Mössinger Generalstreik sind in der lokalen Öffentlichkeit bis heute umstritten (vgl. hierzu das Interview mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mössingen, Michael Bulander, S.

² Inhaltsverzeichnis: <http://d-nb.info/1078416311/04>

³ ***Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt*** : Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim / Christiane Fritsche. - Ubstadt-Weiher [u.a.] : Verlag Regionalkultur, 2013. - 960 S. : Ill. ; 24 cm. - (Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim ; 39). - ISBN 978-3-89735-772-3 : EUR 14.80 [#2985]. - Rez.: **IFB 13-2** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz377960357rez-1.pdf>

58 - 59). Zudem finden sich aber auch Ausführungen zur Geschichte der *NS-Zwangsarbeit im Südwesten* (Anette Hettinger und Marco Brenneisen, S. 377 - 411) oder zu Zwangssterilisationen bzw. zu den Morden an geistig behinderten Menschen (Thomas Stöckle, S. 143 - 195); Nicola Wenge befaßt sich in ihrem Beitrag mit der *Etablierung des Terrors*, d.h. mit den frühen Konzentrationslagern in Kislau, auf dem Heuberg und zuletzt dem Oberen Kuhberg in Ulm (S. 61 - 92). In dem Beitrag *Bereit zur Gewalt aus Verantwortung* von Peter Steinbach (S. 333 - 376) widmen sich drei Autoren dem Schicksal des Hitler-Attentäters Georg Elser.⁴

Exemplarisch vorgestellt werden sollen jedoch die Ausführungen von Frank Reuter und Benigna Schönhagen.

Frank Reuter untersucht in seinem Beitrag (S. 281 - 327) die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma, die seit dem ausgehenden Mittelalter auf eine furchtbare Tradition hat. Bereits der Freiburger Reichstag von 1498 hatte „Zigeuner“ für vogelfrei erklärt, diese seien Spione der Türken und konnten daher von jedermann getötet werden.

Derartige Stereotype und Vorurteile setzten sich fort und wurden auch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gepflegt. Tatsächlich wurden in den südwestdeutschen Staaten in den 1920er Jahren Sinti und Roma zentral erfaßt, genauso wie allgemein bei Behörden von der „Bekämpfung der Zigeunerplage“ (Zit. S. 282) die Rede war.

Sicherlich, so streicht Reuter heraus, trotz dieser diskriminierenden Bestimmungen, gab es auch in den 1920er Jahren zahlreiche Sinti- und Roma-Familien, die durchaus in die Gesellschaft integriert waren, so daß er Beispiele für „vielfältige Formen eines alltäglichen Miteinanders von Minderheit- und Mehrheitsbevölkerung“ zeigen kann (S. 283).

Mit der NS-Zeit setzte jedoch eine schrittweise Entrechtung, Diskriminierung, Verfolgung und schließlich Vernichtung von Sinti und Roma ein. Mit den Nürnberger Rassegesetzen wurden Sinti und Roma zu Bürgern zweiter Klasse erklärt. Damit verbunden wurden sie aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, bspw. untersagte man ihnen den Schulbesuch, in Krankenhäusern wurden sie von Ärzten nicht behandelt oder man erteilte ihnen Berufsverbot, indem ihnen bspw. der Gewerbeschein verweigert wurde oder aber, wie im Falle von Musikern, die Mitgliedschaft in der Reichsmusikkammer verwehrt wurde. Betätigten sich Sinti und Roma gleichwohl in ihren Berufen, wurden sie sofort als Kriminelle abgestempelt. Gleichzeitig erfolgte mit biologistischen Vokabeln („Der Zigeuner ist ein biologischer Fremdkörper“, Zitat S. 288) die Hetze in der gleichgeschalteten Presse oder aber die Schaffung von Zwangslagern, in denen Sinti und Roma leben mußten und als Zwangsarbeiter mißbraucht wurden, wie bspw. im Ravensburger Stadtteil Ummenwinkel.

⁴ **Georg Elser** : allein gegen Hitler / Ulrich Renz. Mit einem Vorwort von Peter Härtling. - 2. Aufl. - Stuttgart : Kohlhammer, 2016. - 114 S. : Ill. ; 21 cm. - (Mensch - Zeit - Geschichte). - ISBN 978-3-17-031077-3 : EUR 25.00 [#4866]. - Rez.: IFB 16-3 <http://ifb.bsz-bw.de/bsz473986973rez-1.pdf>

Bereits im Dezember 1938 war bei der SS von der „endgültigen Lösung der Zigeunerfrage“ (Zit. S. 289) die Rede. Voraussetzung hierfür war entsprechend dem Denken des NS-Staates eine rassebiologische Erfassung durch die sog. „Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“, konkret in Südwestdeutschland durch Robert Ritter, seine Mitarbeiterin Eva Justin und den Anthropologen Adolf Würth.⁵ Der Autor legt dar, wie dieses pseudowissenschaftliche Verfahren ablief und wie wenig rühmlich die Rolle von lokalen Behörden war, die Ritter, Würth und Justin bei ihren fragwürdigen Untersuchungen zuarbeiteten. Zugleich zeigt Reuter, daß die Maßnahmen gegen Sinti und Roma zwar zentral von Berlin gesteuert wurden, sich aber an der Basis noch weiter radikalisierten: So erfolgte bspw. im **Reutlinger Tagblatt** ein *Aufruf gegen die Zigeunerplage* (Zit. S. 293), in dem die Bevölkerung dazu aufgefordert wurde, Mietverträge mit Sinti und Roma zu kündigen und damit Erfolg hatte. Auch greift Reuter immer wieder Einzelbeispiele heraus, die den traurigen Weg einer Bevölkerungsgruppe in die Vernichtung illustrieren.

In insgesamt drei Wellen kam es im April 1940 bzw. dann ab Ende Februar 1943 und schließlich im Mai 1944 zur Deportation der Sinti und Roma in die Vernichtungslager des Ostens. Reuter beschreibt, wie die vom NS-Regime kriminalisierten Sinti und Roma zuerst in das Sammellager auf dem Hohe- nasperg gebracht und von dort aus mit dem Zug nach Auschwitz deportiert wurden. Dabei wird deutlich, wie viele Behörden, in diesem Fall, die Deutsche Reichsbahn,⁶ deren Fahrpläne in die Vernichtungslager z.T. überliefert sind (Abbildung S. 305), am Völkermord an den Sinti und Roma teilhatten. Den traurigen Höhepunkt bildete jedoch der letzte Transport von Sinti und Roma nach Auschwitz im Mai 1944: „Es handelte sich um 39 Sinti-Kinder und Jugendliche aus dem katholischen Kinderheim St. Josefspflege in Mulfingen. Sie waren von Eva Justin, die sich im Frühherbst 1942 länger im Heim aufgehalten hatte, als Untersuchungsobjekte für ihre Dissertation missbraucht worden“ (S. 307). Lediglich vier dieser Kinder sollten den Genozid überleben. Gleichzeitig erfolgte seitens der katholischen Amtskirche keinerlei Reaktion.

⁵ Zur Rassenforschung an der Universität Tübingen vgl. auch ***In Fleischhackers Händen*** : Wissenschaft, Politik und das 20. Jahrhundert ; [... anlässlich der Ausstellung "In Fleischhackers Händen. Tübinger Rassenforscher in Łódź 1940 - 1942" im Schloss Hohentübingen (24. April bis 28. Juni 2015)] / hrsg. von Jens Kolata ... - Tübingen : Museum der Universität Tübingen - MUT, 2015. - 269 S. : zahlr. Ill. ; 25 cm. - (Schriften des Museums der Universität Tübingen - MUT ; 8). - ISBN 978-3-9816616-4-4 : EUR 19.90 [#4260]. - Rez.: **IFB 16-3** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz429565577rez-1.pdf>

⁶ Vgl. ***Sonderzüge in den Tod*** : die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn ; eine Dokumentation der Deutschen Bahn AG ; [Begleitdokumentation zur gleichnamigen Wanderausstellung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Technikmuseum Berlin und der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum] / hrsg. von Andreas Engwert und Susanne Kill. - Köln [u.a.] : Böhlau, 2009. - 162 S. : überw. Ill., graph. Darst. ; 27 cm. - ISBN 978-3-412-20337-5 : EUR 16.90 [#0679]. - Rez.: **IFB 10-1** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz30177806Xrez-1.pdf>

In der Nachkriegszeit war es für Sinti und Roma nahezu unmöglich, Ansprüche geltend zu machen bzw. diese wurden mit den aberwitzigsten Begründungen abgelehnt, im Gegenteil: Vorurteile lebten, wie Reuter aufzeigen kann, weiter fort, Sinti und Roma wurden als Kriminelle abgestempelt. U.a. hieß es, Maßnahmen gegen sie seien ergriffen worden, weil kriminell und asozial. Oder Behörden erklärten sich, wie in einem Fall aus Singen, für nicht zuständig, weil Auschwitz nicht im Reichsgebiet lag.

Reuter geht nunmehr der Frage nach, warum gerade Sinti und Roma keine Chance hatten, in den fünfziger und sechziger Jahren als Opfer des NS-Regimes anerkannt zu werden, sondern vielmehr weiterhin als „Landfahrer“ erfaßt und kriminalisiert wurden. Die Langlebigkeit der Vorurteile entstand nicht zuletzt dadurch, daß anders als die SS, die Kriminalpolizei nicht als „verbrecherische Organisation“ eingestuft wurde und viele Täter nahezu sagenhafte Karrieren in der bundesrepublikanischen Ära durchliefen. So kann Reuter auf das Beispiel von Paul Werner hinweisen, der im Südwesten das Vorgehen gegen Sinti und Roma koordiniert hatte und nach 1945 bis zum Ministerialrat aufsteigen sollte. Beinahe hätte er es bis zum Präsidenten des Bundeskriminalamtes gebracht!

Erst seit dem Ende der 1970er Jahre ist es gelungen, auf das Schicksal der Sinti und Roma aufmerksam zu machen. Im Jahr 1982 kam es schließlich zur Gründung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, fast gleichzeitig erkannte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt an, daß diese Bevölkerungsgruppe aus rasseideologischen Motiven von den Nationalsozialisten verfolgt und getötet worden war. Einen großen Erfolg bedeutete es auch, daß es seit 1990 in Heidelberg ein Dokumentations- und Kulturzentrum der Deutschen Sinti und Roma gibt, das seit 1997 eine Dauerausstellung zu den an Sinti und Roma durch den Nationalsozialismus begangenen Verbrechen präsentierte. Ebenso erinnert im Jugendamt Stuttgart ein Gedenkstein an den Mord an den Mulfinger Sinti-Kindern.

Seitens der grün-roten Landesregierung kam es schließlich Ende 2013 zum Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Zentralrat der Sinti und Roma.

In einem Interview im Anschluß an den Beitrag von Reuter berichtet der Vorsitzende des Zentralrates, Daniel Strauß, über den langen Weg, bis es zu diesem Staatsvertrag kam und welche Möglichkeiten gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Gräberpflege, aber auch der Kultur- und Bildungspolitik, sich für Sinti und Roma aus diesem Staatsvertrag ergeben (S. 328 - 332).

Benigna Schönhagen beleuchtet in ihren Ausführungen (S. 97 - 134) Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung und schließlich die Zerstörung der jüdischen Gemeinde im oberschwäbischen Laupheim durch die Nationalsozialisten. Im Anschluß hieran folgt der Blick auf Erinnern und Gedenken an die Opfer des NS-Unrechtes in der oberschwäbischen Provinz, wobei die Autorin ihre Darstellung gekonnt mit der Geschichte der Erinnerungskultur in Baden-Württemberg verbindet. Der Abschluß des Beitrages bildet die Auseinandersetzung mit Aufgaben, Charakteristika und Herausforderungen der Gedenkstätten im Südwesten. Dieses Thema ist ebenfalls Gegenstand ei-

nes Gesprächs von Benigna Schönhagen mit Barbara Traub, der Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (S. 135 - 141).

Im Jahr 1869 hatte Laupheim 3700 Einwohner, von denen nicht ganz ein Viertel der jüdischen Gemeinde angehörten, diese hatten zugleich wie der Hopfenproduzent Simon Steiner oder die Haarfabrik Josef Bergmann & Co wesentlichen Anteil an der wirtschaftlichen Prosperität der Gemeinde. Wenn es auch in Laupheim „deutliche Grenzen der Integration“ (S. 99) gab - die Autorin weist auf das nahezu völlige Fehlen religiös gemischter Ehen hin -, so kann in der Summe doch von einem sehr erfreulichen und als selbstverständlich wahrgenommenen Miteinander von Christen und Juden in Laupheim gesprochen werden.

Um so erschreckender ist, wenn es nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten sehr schnell zur Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger kam und diese nach kurzer Zeit gesellschaftlich isoliert wurden. Auf den Boykott gegen jüdische Geschäfte am 1. April folgte noch im Frühjahr und Sommer 1933 die „Gleichschaltung“ sowohl des Gemeinderats als auch des örtlichen Vereinswesens: Beispielsweise beschloß der Stadtrat Laupheim die Umbenennung der Carl-Laemmle-Straße. Als Namensträger trat nun an die Stelle von Laemmle,⁷ des Gründers der Universalstudios in Hollywood und Gönners der Gemeinde Laupheim eine NS-Größe. Jüdische Mitglieder wurden aus dem Gemeinderat ausgeschlossen, so Jakob Adler, der diese Demütigung nicht überwinden konnte und 1935 den Freitod wählte.

Im selben Jahr kam es zum Erlaß des „Reichsbürgergesetzes“, das Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradierte, nochmals zwei Jahre später wurde der Vieh- und Pferdehändler Sigmund Einstein in Laupheim verprügelt und zwar derart brutal, daß er an seinen Verletzungen erlag. Neben die offene physische Gewalt trat, wie Benigna Schönhagen hervorhebt, die wirtschaftliche Ausplünderung: So spielten Vieh- und Pferdehändler im ländlichen Umfeld Oberschwabens eine zentrale Rolle. Aus diesem Sektor wurden Mitglieder der jüdischen Minderheit herausgedrängt, wenn sie bspw. „nur noch auf einem gesonderten Platz“ (S. 106) am städtischen Viehmarkt teilnehmen durften oder wenn ihnen der Gewerbeschein entzogen wurde.

„Das Jahr 1938 brachte einen weiteren Radikalisierungsschub in der deutschen Judenpolitik“ (S. 106): Auch in Laupheim kam es während der Reichspogromnacht zur Zerstörungen der dortigen Synagoge, die auch photographisch dokumentiert wurde. Erschreckend ist, daß sich auf diesen Photo (Abbildung S. 107) auch eine Vielzahl Schaulustiger findet, von de-

⁷ **Carl Laemmle** : Von Laupheim nach Hollywood; die Biografie des Universal-Gründers in Bildern und Dokumenten / Udo Bayer. [Vorwort: Wolfgang Jacobsen]. - 1. Aufl. - Berlin : Hentrich & Hentrich, 2015. - 128 S. : zahlr. Ill. ; 27 cm. - ISBN 978-3-95565-083-4 : EUR 24.90. - **Carl Laemmle und die Universal** : eine transatlantische Biografie / Udo Bayer. - Würzburg : Königshausen & Neumann, 2013. - 297 S. : Ill. ; 24 cm. - ISBN 978-3-8260-5120-3 : EUR 29.80. - **Carl Laemmle - der Mann, der Hollywood erfand** : Biografie / Cristina Stanca-Mustea. - 1. Aufl. - Hamburg : Osburg-Verlag, 2013. - 246 S. : Ill. - ISBN 978-3-95510-005-6 : EUR 24.90.

nen keiner auch nur irgend etwas für die jüdische Gemeinde tat. Auch seitens der christlichen Kirchen wurde keine Kritik geäußert. Gleichzeitig kam es im Gefolge der Reichspogromnacht zu Deportationen nach Dachau. Wer diese überlebte und nach einigen Wochen wieder freikam, wurde umgehend gezwungen, zu emigrieren, wobei die Gesetzgebung des NS-Staates darauf angelegt war, die Emigranten auch noch um den Rest ihres Vermögens zu bringen. Eindringlich legt die Autorin dar, wie auf der Suche nach sicheren Auswanderungsländern ganze Familien zerrissen wurden. – Zurück blieben in Laupheim „nur noch alte jüdische Menschen, die sich dem Neubeginn in einem fremden Land nicht mehr gewachsen fühlten“ (S. 110). Diesen wurden sämtliche Besitztümer abgenommen, gleichzeitig folgte die Zusammenlegung in einem jüdischen Altersheim, das völlig überfüllt und zudem feucht war.

Doch auch darüber hinaus begannen württembergische NS-Behörden „Juden an bestimmten Orten zu gettoisieren“ (ebd.). Dies hatte zur Folge, daß mehrfach Juden aus verschiedenen Teilen Württembergs nach Laupheim verbracht wurden. Auch in diesem Zusammenhang erfolgten brutale Enteignungsaktionen und in Laupheim die Unterbringung unter katastrophalen sanitären Bedingungen in einem Barackenlager. Dies war schließlich die letzte Station, bevor es in den Jahren 1941 und 1942 zu Deportationen und zur erbarmungslosen Tötung nahezu aller noch verbliebener Laupheimer Juden in den Konzentrationslagern des Ostens kam.

Die ersten Jahre der Nachkriegszeit waren, wie die Autorin plastisch darstellt, gekennzeichnet durch eine „asymmetrische Erinnerung“ (S. 117). So waren es vor allem Überlebende, wie bspw. Lotte Wallach aus Laupheim, diese hatte die Shoah in Ungarn überlebt und schrieb eine vormalige Nachbarin an, von der sie Auskunft erbat, wie es ihren Familienangehörigen kurz vor der Deportation ergangen war. In ihrem Schreiben brachte sie ihren Wunsch zum Ausdruck, glauben zu wollen, daß das alles gar nicht wahr sei. Ihr Schreiben blieb ohne Antwort. Genauso bemühte sich der Tübinger Kaufmann Victor Marx um ein Gedenken an die ihm bekannten verstorbenen Mitglieder der Gemeinde Tübingen/Reutlingen. Auf einem Stein konnten deren Namen festgehalten werden, wobei die Verbrechen der NS-Zeit deutlich benannt wurden. Dem stand freilich gegenüber, daß bis in die siebziger, achtziger Jahre hinein jüdische Kulturgüter, insbesondere frühere Synagogen, recht bedenkenlos abgerissen wurden. Die große Wende brachte erst die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anläßlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes. Im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Hinwendung der Geschichtswissenschaft zu Fragen der Alltags- und Lokalgeschichte waren es nun engagierte Persönlichkeiten, wie bspw. Burkhard Volkholz, die sich der Erinnerungsarbeit widmeten. Volkholz stellte als Vorsitzender des Sportvereins in Laupheim den Kontakt zu der jüdischen Hochspringerin Gretel Bergmann her, die in besonders böswilliger Art und Weise 1936 von den Nationalsozialisten an der Olympiateilnahme

gehindert worden war.⁸ Gleichzeitig entstand auch eine höhere Sensibilität im Umgang mit vormaligen jüdischen Gotteshäusern. Schönhagen zeigt, daß diese eben nicht mehr „als Feuerwehrhaus, Lagerraum oder Kino zweckentfremdet benutzt wurden“ (S. 121), sondern, daß sie durch die Initiative von engagierten Bürgern wiederhergestellt wurden – in zahlreichen Fällen gegen anfänglich starke Widerstände in der Lokalpolitik. Manche Gemeinden haben sich allerdings bewußt nicht zu einer vollständigen Wiederherstellung früherer Synagogen entschlossen. Hier kam man zu der Einsicht, „dass auch Lehrstellen erinnern, aber an ein negatives Erbe, an Unrecht und Zerstörung, und nicht an eine als Harmoniegeschichte verpackte Heimatgeschichte“ (S. 122).

Im folgenden stellt die Autorin noch die Konzeption jüdischer Gedenkstätten und Museen dar und ebenso die Herausforderungen und Besonderheiten südwestdeutscher Erinnerungsstätten. Übrigens gibt es heute auch „Gedenkstätten an ‚traumatischen Orten‘“ (S. 125), so bspw. am Stuttgarter Nordbahnhof, an dem an die Deportationen aus Stuttgart in die Vernichtungslager des Ostens erinnert wird. Klares Ziel solcher Gedenkstätten wie auch des vorliegenden gelungenen Bandes ist es: „Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit soll wachsam machen für Gefahren in Gegenwart und Zukunft“ (S. 126).

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://ifb.bsz-bw.de/>
<http://ifb.bsz-bw.de/bsz453956092rez-1.pdf>

⁸ Vgl. **"Ich war die große jüdische Hoffnung"** : Erinnerungen einer außergewöhnlichen Sportlerin / Gretel Bergmann. Aus dem Amerikanischen von Irmgard Hölscher. Hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg. - 2., erw. Aufl. / [Red.: Irene Pill]. - Ubstadt-Weiher [u.a.] : Verlag Regionalkultur, 2015. - 392 S. : Ill. ; 22 cm. - (Südwestdeutsche Persönlichkeiten). - ISBN 978-3-89735-908-6 : EUR 16.90 [#4314]. - Rez.: **IFB 15-4** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz444413723rez-1.pdf> - Die Rezension weist auf mehrere weitere Titel zum Thema hin. - Zu Gretel Bergmann und dem Engagement Burkhard Volkholz für ein Erinnern und Gedenken an die Sportlerin in Laupheim vgl. **Jüdisches aus Laupheim** : prominente Persönlichkeiten einer Landjudengemeinde / Udo Bayer. - 1. Aufl. - Berlin : Hentrich & Hentrich, 2015. - 82 S. : Ill. ; 16 cm. - (Jüdische Miniaturen ; 177). - ISBN 978-3-95565-122-0 : EUR 8.90 [#4695]. - Hier S. 51 - 67. - Rez.: **IFB 16-2** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz443076367rez-1.pdf>